

Die Waffen nieder!

Positionspapier der LAG Christ*innen bei der Partei DIE LINKE Berlin

„Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Töchter und Söhne Gottes genannt werden“ (Mt 5,9)

Nach der Besetzung der Krim 2014 sowie der Anerkennung der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk am 21. Februar 2022 hat der russische Präsident Wladimir Putin die Ukraine am 24. Februar 2022 überfallen lassen. Der jetzige Krieg ist ein Bruch mit dem Völkerrecht. Über 14.000 Menschen sind bereits gestorben, zahlreiche Kriegsverbrechen wurden begangen und fast drei Millionen Menschen wurden in die Flucht getrieben. Die LAG Christ*innen bei der Partei DIE LINKE Berlin steht entsetzt vor dieser Situation und verurteilt den Ukrainekrieg sowie die Kriegsverbrechen aufs Schärfste. Wir sind in großer Sorge um die Menschen in der Ukraine. Wir haben daher ein paar Hinweise zusammengetragen:

1. Kein Krieg ist gerecht

Statt auf einen „gerechten Krieg“ zu hoffen, streben wir als Christ*innen einen „gerechten Frieden“ an. Schon der Psalm 34,15 fordert uns auf: „Lass ab vom Bösen und tue Gutes; suche Frieden und jage ihm nach!“ Und die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam stellte 1948 fest: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“

2. Dieser Nationalkonflikt ist auch ein Wirtschaftskonflikt.

Der internationale Kapitalismus braucht auch Kriege zur Verteilung von Ressourcen. Im Ukrainekrieg versucht zum einen Russland Kontrolle über die ukrainische Schwarzerde zu gewinnen. Zum anderen hoffen die USA die EU, die sich nun vom russischen Pipeline-Gas trennen will, von ihrem Fracking-Gas zu überzeugen.

3. Dieser Krieg ist ein Stellvertreterkrieg der Imperialismen.

Die NATO hat Russland jahrzehntelang mit Aufrüstung und Ost-Erweiterung eingekreist, während Russland die OKVS weiterentwickelte. Seit dem Frühjahr 2021 kam es zu gegenseitigen militärischen Provokationen sowie medialen und digitalen Angriffen. Beide Militärbündnisse haben ein strategisches Interesse an der Ukraine. Sollte die NATO direkt in den Krieg eingreifen, könnte ein Weltkrieg heraufbeschworen werden, erst recht, wenn sich auch China mit Russland verbündet.

4. Dieser Krieg ist ein ideologischer Kampf.

Während die EU und die USA neoliberale Postdemokratien bevorzugen, steht die russische Regierung für den rechtskonservativen Kurs einer „gelenkten Demokratie“. Beide politischen Konstellationen schränken die Freiheit und Gleichheit der Bürger*innen ein.

Um dieser komplexen Lage gerecht zu werden und Frieden zu schaffen, haben wir folgende Forderungen:

- **Kriegsbekämpfung:** Russland muss die Kriegshandlungen in der Ukraine sofort beenden und seine Armeen aus der gesamten Ukraine abziehen. Damit es das tut, müssen Friedensverhandlungen her. Statt der NATO auf einen Kriegskurs zu folgen, sollte die EU zwischen der ukrainischen und russischen Regierung vermitteln. Statt also Waffen in die Ukraine zu liefern, die den Krieg verlängern, sollten die ukrainischen Friedensaktivisten und die russische Friedensbewegung unterstützt werden, die aktuell brutal niedergeschlagen wird.
- **Flüchtlingshilfe:** Der Rüstungsetat Deutschlands von rund 50 Milliarden Euro hat uns nicht vor dem Ukrainekrieg bewahrt und auch 100 Milliarden Euro werden diesen nicht stoppen. Statt diese horrende Summe der Rüstungsindustrie vorzuwerfen, sollte sie für Soziales und Bildung ausgegeben werden. Das wird bitter nötig sein, u.a. um die ukrainischen Flüchtlinge zu versorgen. Wir fordern jedoch nicht nur deren Aufnahme, sondern die Aufnahme aller zu uns vor Krieg flüchtenden Menschen ohne eine rassistische Ungleichbehandlung. Zudem muss der wachsende Nationalismus und Rassismus sowohl gegen alle Flüchtlinge als auch gegen russischstämmige Menschen bekämpft werden.
- **Demokratisierung Russlands:** Völkerfreundschaft ist die Grundlage für die Stärkung der linken und liberalen Bewegungen in Russland. Wissenschaft, Sport und Kultur müssen ihre Beziehungen nach Russland wieder aufnehmen. Insbesondere die Gläubigen der rechtskonservativen Russisch-Orthodoxen Kirche müssen sich für den biblisch eingeforderten Frieden entscheiden und in dem Mut dazu bestärkt werden. Die hiesigen rechten Kräfte, die den rechtskonservativen Tendenzen der russischen Eliten folgen (wie etwa die AfD), müssen aufgehalten werden.
- **Pazifizierung Russlands:** Die EU und die USA planen umfangreiche wirtschaftliche Sanktionen, die die russische Bevölkerung noch weiter verarmen und leiden lassen. Doch die russische Bevölkerung kann sich unter ihrer autokratischen Regierung kaum gegen den Krieg wehren. Sinnvoller wären wirtschaftliche Sanktionen gegen die russische Oligarchie. Würden etwa ausländische Konten von über einer Million Dollar eingefroren, würden die russischen Großkapitalisten von Putin abrücken.